

John F. Kennedy forderte 1961, das Volk zu alarmieren und über alles uneingeschränkt zu informieren.

Schon 1961 sprach der ehemalige US-Präsident *John F. Kennedy* von

► **„einer monolithischen (d. m. einheitlichen oder massiven) und ruchlosen Verschwörung, der man rund um die Welt gegenübersteht“**

→ **Er forderte von den Zeitungen, das Volk zu alarmieren und über alles uneingeschränkt zu informieren.**

Die Rede, die der damalige US-Präsident *John F. Kennedy* am 27.4.1961 in New York vor den wichtigsten Zeitungsverlegern des Landes hielt, hat bis heute nichts an Brisanz und Aktualität verloren. Kennedy sprach von der „schwerwiegenden Gefahr, dass ein verkündetes Bedürfnis nach erhöhter Sicherheit (...) dazu benutzt wird, die Grenzen amtlicher Zensur und Geheimhaltung auszuweiten“.

Bis zum heutigen Tag sind die Leitmedien der Aufforderung *Kennedys* nicht nachgekommen. Stattdessen haben viele andere diese Aufgabe übernommen, wie z. B. die „*Aussteiger*“-Journalisten *Michael Vogt*, *KenFM* und der kürzlich verstorbene *Udo Ulfkotte*.

Im Gegensatz zu den Leitmedien kommt auch diese *S&G-Ausgabe 19/17* *Kennedys* Aufruf nach und liefert Ihnen von westlichen Medien verschwiegene Fakten über den Nordkorea-Konflikt, die den Atomstreit mit den USA in ein neues Licht rücken.

Wir thematisieren überdies die noch immer ungesühnten massiven US-Kriegsverbrechen der letzten Jahrzehnte sowie die offenkundigen kriminellen Operationen des CIA. Weitere Artikel zeigen auf, inwiefern österreichische Zeitungen ihre Pressefreiheit an den sogenannten „Presserat“ verkaufen und beleuchten auch die voranschreitende Bevormundung des Schweizer Volks durch Zensur und die Energiegesetznovelle.

Lassen Sie bitte auch Ihre Mitmenschen davon wissen und werden Sie Teil unseres [internetunabhängigen Handexpress-Netzwerks](#), denn dieses ist das Einzige, was verbleiben wird, wenn sich die schrittweise voranschreitende Internet-Zensur weiter durchsetzt!

Ihr S&G-Team

STIMME UND GEGENSTIMME

KLARHEIT DURCH INTELLIGENTE ANALYTIKER
WENIGGEHÖRTES - VOM VOLK FÜRS VOLK!
FREI UND UNENTGELTLICH
INSPIRIEREND
S&G



Medienmüde? Dann Informationen von ...
www.KLAGEMAUER.TV
Jeden Abend ab 19.45 Uhr



HAND-EXPRESS

NICHT GLÄSERNE BÜRGER - GLÄSERNE MEDIEN,
POLITIKER, FINANZMOGULE BRAUCHEN WIR!
WELTGESCHEHEN UNTER
DER VOLKSLUPE
S&G

~ AUSGABE 19/2017 ~



DIE VÖLKER HABEN EIN RECHT AUF STIMME UND GEGENSTIMME

INTRO

Die Rede, die der damalige US-Präsident John F. Kennedy am 27.4.1961 in New York vor den wichtigsten Zeitungsverlegern des Landes hielt, hat bis heute nichts an Brisanz und Aktualität verloren. Kennedy sprach von der „schwerwiegenden Gefahr, dass ein verkündetes Bedürfnis nach erhöhter Sicherheit (...) dazu benutzt wird, die Grenzen amtlicher Zensur und Geheimhaltung auszuweiten“. Dies „aufgrund einer monolithischen, (das meint einheitlichen oder massiven) und ruchlosen Verschwörung, der man rund um die Welt gegenübersteht“. Er rief die Zeitungen dazu auf das amerikanische Volk zu alarmieren und über alles uneingeschränkt zu informieren. Bis zum heutigen Tag sind die Leitmedien der Aufforderung Kennedys nicht nachgekommen. Stattdessen haben viele andere diese Aufgabe übernommen, wie z.B. die „Aussteiger“-Journalisten Michael Vogt, KenFM und der kürzlich verstorbene Udo Ulfkotte. Ebenso sieht sich der S&G-HAND-EXPRESS der Aufforderung Kennedys verpflichtet, Sie auch in dieser Ausgabe uneingeschränkt zu informieren.

Die Redaktion (brm.)

Nordkorea – was die westlichen Medien nicht berichten

ea./br. Nach dem Raketentest Nordkoreas am 16.4.2017 wurde durch die westliche Politik, im Verbund mit den Leitmedien, Nordkorea einseitig als Bedrohung für die ganze Welt dargestellt. Was die Leitmedien jedoch nicht erwähnten: Um die drohende Krise auf der koreanischen Halbinsel zu entschärfen, machte Chinas Außenminister Wang Yi am

8.3.2017 folgenden Vorschlag: „Als ersten Schritt könnte Nordkorea seine atomaren und raketentechnischen Aktivitäten einstellen, im Austausch gegen die Einstellung der großräumigen Militärübungen der USA und Südkoreas.“ Die US-Regierung unter Trump wies das Angebot umgehend zurück. Bereits im Januar 2015, wie auch im Januar 2016 hatte Nordko-

rea genau dasselbe Angebot gemacht. Beide Male wies auch die Obama-Administration das Angebot zurück. Diese verschwiegenen Fakten lassen den Atomstreit mit Nordkorea in einem ganz anderen Licht erscheinen als von der westlichen Politik und den Leitmedien einseitig dargestellt wird. [1]

Nordkoreas Selbstversorgung durch Militärmanöver bedroht

el./rs. Bei den alljährlich stattfindenden US- und südkoreanischen Militärmanövern wird offen der Einmarsch nach Nordkorea geübt. Die US-Webseite „Moon of Alabama“ weist darauf hin, dass diese jeweils eine hochgradige Verteidigungs Bereitschaft in der nordkoreanischen Armee auslösen. Die Manöver werden in der Zeit abgehalten, in der der Reis an-

gepflanzt oder geerntet und daher in Nordkorea fast jeder gebraucht wird. Die Militärmanöver gefährden also direkt die Selbstversorgung Nordkoreas mit Nahrungsmitteln. In den späten 1990er Jahren waren sie eine der Ursachen, die zu einer schweren Hungersnot führten. „Moon of Alabama“ folgert, dass es die atomare Abschreckung Nordkorea erlaube, die

übliche militärische Bereitschaft, besonders in den überaus wichtigen landwirtschaftlichen Anbau- und Erntezeiten, zu reduzieren. Ein garantiertes Ende der alljährlichen US-Manöver würde es Nordkorea erlauben, seine konventionelle Verteidigung herabzufahren, ohne auf Atomwaffen angewiesen zu sein. [2]

„Wer mit dem Zeigefinger allgemeiner Vorwürfe auf den oder die vermeintlichen Anstifter oder Drahtzieher zeigt, sollte daran denken, dass in der Hand mit dem ausgestreckten Zeigefinger zugleich drei andere Finger auf ihn selbst zurückweisen.“

Gustav Heinemann, dritter deutscher Bundespräsident

US-Assad-Jäger sollte zuerst im eigenen Hof kehren!

dd./lh. Der US-Staatsanwalt und Politiker Stephen Rapp war unter der Obama-Regierung US-Sonderbotschafter für Kriegsverbrechen und ist heute Ermittler an einer Denkfabrik* in Den Haag. Laut der Schweizer Boulevard-Zeitung „Blick“ sei er ein gefragter Mann, der zu Vorträgen und Treffen mit Botschaftern und Menschenrechtsaktivisten auf der ganzen Welt reise. Im Blick-Interview sagte Rapp: „Künftige Kriegsverbrechen verhindert man, in-

dem man bei vergangenen Gräueltaten für Gerechtigkeit sorgt.“ Aktuell jage er den syrischen Diktator Assad und habe nun die erste internationale Strafanzeige gegen dessen Regime vorbereitet. Genauere Untersuchungen** über seine Vorwürfe an Assad haben jedoch ergeben, dass die Beweislage äußerst dünn ist. Angesichts der massiven US-Kriegsverbrechen der vergangenen Jahrzehnte, wie z.B. in Nordkorea (1950-53), Vietnam (1965-71)

oder dem Irak (1990/2003), wäre es doch angebracht, wenn Rapp als US-Ermittler zuallererst in seinem eigenen Hof kehren, die US-Regierungen zur Verantwortung ziehen und bei den vergangenen US-Gräueltaten für Gerechtigkeit sorgen würde! [3]

*The Hague Institute for Global Justice

**Wie z.B. in einem 30-seitigen Bericht des internationalen Netzwerks „Syria Solidarity Movement“ (zu Deutsch: Solidaritätsbewegung Syriens) dargelegt wurde (siehe Quellen)

Quellen: [1] + [2] www.kla.tv/10336 | http://antikrieg.com/aktuell/2017_04_14_warum.htm

[3] www.kla.tv/10183 | Zeitung Blick vom 16.3.2017 | <https://deutsch.rt.com/der-nahe-osten/42893-falludscha-genau-12-jahren-usa/> | www.syriasolidaritymovement.org/2016/06/01/the-new-arab-attack-piece-against-the-syria-solidarity-movement-our-response/

Virenwarnung! Gegenstimmen-Internetseiten werden leider immer wieder von Hackern mit Viren verseucht. Hier schützt der S&G-Handexpress – Infos kurz, bündig und ohne Internetzugang – Tipp für alle, die dennoch auf die Links zugreifen: Nie von einem PC mit wichtigen Daten ins Internet gehen!
Sie haben eine wichtige Info? Verfassen Sie einen kurzen Hand-Express-Artikel. – Nennen Sie darin Ross und Reiter!
Quellen möglichst internetfrei! – Und senden Sie Ihren Kurzartikel an SuG@infopool.info

Unterscheidung der Medien zwischen CIA und Kriminellen ist ein Hohn

ea./sp./br. Unter dem Titel „Vault7“ (Deutsch: „Bunker oder Tresor Nr.7“), veröffentlichte Wikileaks am 7.3.2017 mehr als 8.000 Dokumente, zur neuen Cyber-spricht Online-kriegsführung der CIA. Die größte Sorge der Mainstream-Journalisten äußerte sich darin, dass durch die Enthüllungen nun auch Kriminelle Zugang zu den CIA-Abhörmethoden ha-

ben. Aber wie sieht es denn mit dem kriminellen Potential der CIA aus? Dass die CIA sehr wohl in der Lage ist kriminelle Operationen durchzuführen, zeigt die gut dokumentierte Vergangenheit der CIA: Unzählige verdeckte Operationen der CIA gelangten durch geschichtliche Forschung, Recherchen von Enthüllungsjournalisten, offiziellen Untersuchungen oder die Frei-

gabe von Dokumenten an die Öffentlichkeit. Diese enthüllten eine massive Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder mittels verdeckter Operationen, zu denen auch Staatsstrieche gegen demokratisch gewählte Regierungen zählen. Daher ist die Unterscheidung zwischen CIA und Kriminellen durch die Leitmedien geradezu ein Hohn. [4]

Meinungsäußerungs- und Versammlungsfreiheit nicht für alle

al./rs. In vielen größeren Schweizer Städten hat sich eine professionell organisierte und gewaltbereite linksextreme Szene etabliert. So wurden z.B. in Bern Ende Februar 2017 bei mehrtätigen Krawallen zehn Polizisten von Linksextremisten derart stark verletzt, dass sie ins Spital eingeliefert werden mussten. Am 18.3.2017 konnte ebenfalls in Bern wegen massivster Gewaltandrohungen der linksextremen Szene eine bewilligte Platzkundgebung unter dem Titel „Wir sind direkte Demokratie“ nicht stattfinden. Da bei der Durchführung der Kundgebung mit den schlimmsten Angriffen auf Leib und Leben der Kundgebungsteilnehmer zu rechnen war, sagte das Organisationskomitee die Kundgebung ab. Die Frage ist nun, ob die politische Mittel-links-Mehrheit der Stadt Bern die Meinungsäußerungs- und Versammlungsfreiheit nicht mehr garantieren kann – oder nicht mehr will? [8]

Österreichischer Presserat übt Zensur durch die Hintertür

mw./em./ns. Im Oktober 2016 berichtete die österreichische Wochenzeitung „Wochenblick“ als einziges Presseorgan über eine geplante, linksextreme Demonstration. Diese wurde vom Verfassungsschutz als gefährlich eingestuft. Daraufhin wurde der „Wochenblick“ wegen diesem

Artikel vom Presserat „verurteilt“. Der Presserat ist ein privater Verein, bestehend aus Journalisten und Redakteuren österreichischer Leitmedien und wird neu mit jährlich 17 Millionen Euro vom Staat gefördert. Wer diesem Verein als Presseorgan beitrifft, gibt freiwillig einen Teil

der garantierten Pressefreiheit auf und erhält vom Presserat für diesen Verzicht einen finanziellen Bonus. Ein privates Kontrollorgan diktiert also, wie die journalistisch korrekte Berichterstattung in Österreich auszusehen hat. Es handelt sich also um eine Zensur über Umwege. [5]

Neues Energiegesetz bringt starke Bevormundung des Volkes

mb. Im Zuge des Energiestrategieplans 2050 des Schweizer Bundesrates verabschiedete das Parlament am 30.9.2016 das neue Energiegesetz (EnG). Dank einem Referendum der Schweizerischen Volkspartei (SVP) kann nun am 21.5.2017 das Schweizer Volk darüber abstimmen. Laut

Artikel 3.1 des EnG sei es anzustreben, dass der durchschnittliche Energieverbrauch pro Person und Jahr um 43 % (!) bis zum Jahr 2035 gesenkt werden soll. Das betrifft den Verbrauch von Heizöl, Benzin, Diesel, Holz und Gas. Der Stromverbrauch soll in derselben Zeitspanne um

13 % reduziert werden. Die Kritiker des neuen EnG bezeichnen diese Ziele als sehr unrealistisch und wenn überhaupt, nur durch eine starke Bevormundung mit massiven Abgabenerhöhungen sowie neuen restriktiven Vorschriften erreichbar. [6]

„Dieses Gesetz (EnG) ist das größte Projekt einer Verstaatlichung, Regulierung und Zentralisierung seit Jahrzehnten.“
Céline Amaudruz, Vizepräsidentin SVP Schweiz und Nationalrätin

„Gekaufte“ Energiegesetz-Befürworter

rs. Die bürgerlichen Vertreter im Co-Präsidium des Energiegesetz (EnG)-Ja-Komitees sind Politiker mit wirtschaftlichen Interessen. Offenbart doch ein Blick in ihre öffentlich zugänglichen Interessenverbindungen, dass sie Verwaltungsräte und Vorstandsmitglieder in Firmen und Vereinen sind, die direkt von dem neuen EnG profitieren würden. Bei einem Ja zum EnG können viele

dieser Firmen mit neuen Aufträgen, sowie Subventionen* und Investitionshilfen rechnen. Folgende Parlamentarier sind in solchen Firmen vertreten: Yannick Buttet (CVP), Ruedi Noser, Peter Schilliger, Isabelle Moret (alle drei FDP) und Werner Luginbühl (BDP). Von den Mitte-links-Parteien sind es Martin Bäumle (GLP), Eric Nussbaumer und Pascale Bruderer Wyss

(beide SP). Von den EnG-Gegnern müssen sie sich deshalb den Vorwurf gefallen lassen, dass sie „gekauft“ seien. [7]

* (von lat. subvenire = „zu Hilfe kommen“) ist eine Leistung aus öffentlichen Mitteln an Betriebe oder Unternehmen. Subventionen sind wirtschaftspolitische Eingriffe in das Marktgeschehen, mit denen ein bestimmtes Verhalten der Marktteilnehmer gefördert werden soll.




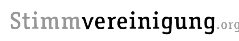


Schlusspunkt •

In der im INTRO erwähnten Rede von John F. Kennedy sagte dieser zu der Aufgabe der Presse: **„So ist die Presse die Protokollführerin der Taten des Menschen, die Bewahrerin seines Gewissens, die Botin seiner Nachrichten, in der wir Stärke und Beistand suchen, zuverlässlich, dass mit Ihrer Hilfe der Mensch das sein wird, wozu er geboren wurde: frei und unabhängig.“**
S&G, Kla.TV und die AZK haben sich dieser Aufgabe gestellt und begrüßen jegliche Mithilfe um die Worte John F. Kennedys wahr werden zu lassen!
Die Redaktion (brm.)

Quellen: [4] www.srf.ch/news/international/jetzt-haben-auch-kriminelle-zugang-zu-den-abhoermethoden | https://de.wikipedia.org/wiki/Central_Intelligence_Agency#Bekanntes_Operationen [5] www.kla.tv/10033 | www.presserat.at/show_content.php?hid=1 | www.profil.at/oesterreich/pressefoerderung-gratis-zeitungen-7980836 [6] *Abstimmungsbüchlein zum EnG | Zeitung „SVP-Klartext“, April 2017, S. 4,5,8* [7] *Basler Zeitung, S. 4, vom 28.3.2017* | www.scheindemokratie.ch/interessenverbindungen/ [8] *Magazin „Schweizerzeit“ Nr. 6, 24.3.2017, S.20* | www.schweizerzeit.ch/cms/index.php?page=news/koennen_sich_linksextremistenalles_erlauben-3055

Beziehen Sie Ihre S&Gs bereits von einem „internetunabhängigen Kiosk“? Wenn nein, dann bitte melden unter SuG@infopool.info zur Vermittlung. Bitte selbst mindestens 3x kopieren und von Hand zu Hand weitergeben!

Evtl. von Hackern attackierte oder im Internet verschwundene Quellen sind in den S&G-Archiven gesichert.

<p>Impressum: 28.4.17 S&G ist ein Organ klarheitsuchender und gerechtigkeitliebender Menschen aus aller Welt. Ihre Artikel erhält sie von ihrer Leserschaft. Sie kommt, wann sie kommt, und es bestehen keinerlei kommerzielle Absichten.</p>	<p>Verantwortlich für den Inhalt: Jeder Schreiber, Zeuge oder Verfasser sowie jeder, der eine Quelle angibt, ist nur für sich selbst verantwortlich. S&G-Inhalte spiegeln nicht unbedingt die Sichtweise der Redaktion wider. Redaktion: Ivo Sasek, Verlagsadresse: Nord 33, CH-9428 Walzenhausen</p>	<p>Auch in den Sprachen: ENG, FRA, ITA, SPA, RUS, HOL, HUN, RUM, ISL, ARAB, UKR, TUR, SWE, LIT – weitere auf Anfrage Abonnentenservice: www.s-und-g.info Deutschland: AZZ, Postfach 0111, D-73001 Göppingen Österreich: AZZ, Postfach 0016, A-9300 St. Veit a. d. Glan Schweiz: AZZ, Postfach 229, CH-9445 Rebstein</p>
 www.anti-zensur.info	 www.klagemauer.tv	 www.panorama-film.ch
 www.stimmvereinigung.org		
 www.agb-antigenozidbewegung.de		
 www.sasek.tv		